

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 21 16. Oktober 1996

→ **Auf zur „demokratischen Rechten“** Seite 2

Der Schönhuber-Nachfolger Rolf Schlierer wurde erneut zum Bundesvorsitzenden der „Republikaner“ gewählt. Nach seinem Willen soll die Partei endlich politikfähig werden.

→ **Ideologie und Neuheidentum** Seite 4

Die Frankfurter Buchmesse war auch in diesem Jahr wieder Schauplatz zahlreicher Verlage mit rechtslastigem oder okkultistischem Angebot. Der Arun-Verlag versucht, mit esoterischem Firlefanzen die Öko-Szene anzusprechen.

→ **Eine neue „Neue Rechte“**

Seite 6

Innerhalb der sich als intellektuell verstehenden extremen deutschen Rechten existieren erhebliche Meinungsverschiedenheiten. In Abkehr von der „Jungen Freiheit“ und dem „Thule-Seminar“ formiert sich eine Strömung, die europäisch orientiert ist.

→ **Kreta - Spuren deutscher Geschichte** Seite 10

Auf der griechischen Ferieninsel finden sich heute noch Symbole aus der Zeit der Nazi-Besetzung.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

REP-Bundesparteitag in Hannover:

„Heute die demokratische Rechte“

Der erste Bundesparteitag der Nach-Schönhuber-„Republikaner“ vom 4. bis 6. Oktober 1996 in Hannover ist für den seit Dezember 1994 amtierten Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer glimpflich verlaufen. Wider Erwarten blieb sein parteiinterner Widersacher und Stellvertreter Rudolf Krause in Deckung und vermeidete so eine Rebellion. Mit Dreiviertelmehrheit (346 von 449 Delegiertenstimmen) wählten die Parteitagsdelegierten Rolf Schlierer wieder in das Amt des Bundesvorsitzenden. Schlierer, der seit dem Wahlerfolg der REP vom März dieses Jahres in Baden-Württemberg seine Stellung offensichtlich enorm festigen konnte, bewertete seine Wahl als eine klare Richtungsentscheidung: „77 Prozent der Delegiertenstimmen sind ein eindeutiger Vertrauensbeweis für den neuen politischen Kurs der Partei.“ Sein Gegenkandidat Otmar Wallner aus Bayern, bis dato stellvertretender Parteivorsitzender, der statt Krause in den Ring gesprungen war - „eine Entscheidung zwischen Grundsatzpositionen“ (Schlierer) - bekam 102 Stimmen. Als Votum pro Schlierer ist auch die Entscheidung des Parteitages zu werten, bei der Wahl der fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden seinen Vorschlägen zu folgen. Sein Wunschteam Uschi Winkelsett (Landesvorsitzende NRW), Christian Käs (Landesvorsitzender Ba-Wü), Bernd Bernhard (Landesvorsitzender Mecklenburg-V.), Johann Gärtner (Landesvorsitzender Bayern) und Hans Hirzel (gilt als ehemaliges Mitglied der „Weißen Rose“) wurde prompt gewählt. Glücklos blieb hingegen Schlierers früherer Stellvertreter Wallner, der sich erst als Beisitzer im Bundesvorstand durchsetzen konnte und den Schlierer nicht mehr dabei haben wollte.

„Die Kunst der Zwischentöne“

In seiner mehr als einstündigen Rede zu Beginn des dreitägigen Parteikongresses beschwor Schlierer seine Anhängerschaft, ihm auf dem Weg in die Politikfähigkeit der Partei zu folgen: „Am Anfang steht die Opposition, am Ende die Regierungsbeteiligung“, so Schlierer. Und dies bedeute „Blut, Schweiß und Tränen“, jetzt sei „Sacharbeit statt Sprücheklopfen“

angesagt. Richtig war für Schlierer die Abgrenzung von den Politdesperados, diese „selbsternannten Hüter rechter Tugenden“ - Adresse Schönhuber - kämen sowieso nie in Verlegenheit, „ihre politische Unfähigkeit offenbaren zu müssen“. Die REP seien heute die „demokratische Rechtspartei“, die nicht am Rande oder außerhalb des Verfassungsbogens steht, sondern „mittendrin“. Politische Veränderung könne nur auf dem Weg in die Parlamente erreicht werden. Von „schicksalhafter Bedeutung“ für die Partei - und wohl auch den Vorsitzenden - war laut Schlierer das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom März dieses Jahres. Das Erfolgsrezept dafür sei, geschlossen nach außen aufzutreten und die „Kunst der Zwischentöne“ zu beherrschen. Nach dem existenzbedrohenden Krisenjahr 1995 befänden sich die REP heute wieder im Aufwind und die Mitgliederzahl sei auf 15.000 angestiegen.

An den politischen Kernaussagen der REP hat sich nichts verändert, die klassischen REP-Themen wie Ausländer oder Stimmungsmache gegen die Europäische Einigung und vor allem die Währungsunion bleiben im Vordergrund. Das Parteivolk will schließlich in Laune gebracht werden. Schlierer bezeichnete in seiner Rede den Euro als „ein gigantisches Vermögensvernichtungsprogramm für die Bürger“ und rief zu einer „Offensive gegen den Euro und für den Erhalt der DM“ auf. In puncto Sozialabbau waren auch schnell die Sündenböcke ausgemacht; einerseits stünden Sozialabbau und Währungsunion in einem direkten Zusammenhang, andererseits seien die Kosten für nicht rückkehrwillige Bürgerkriegsflüchtlinge und andere „Abkassierer aus fernen Ländern“ mitschuldig am Abbau von Arbeitnehmerrechten. Deutschland sei kein Einwanderungsland. Das Menschenrecht auf Heimat gebiete es, selbst darüber zu bestimmen, wer zuziehen dürfe und wer nicht. Zur deutschen Vergangenheit forderte Schlierer, daß den Deutschen endlich Absolution erteilt werden müsse. Die „Republikaner“ relativierten nicht die Verbrechen, die in deutscher Verantwortung begangen wurden. Und schließlich hätten die Deutschen Schuld und Reue gezeigt sowie Sühne geleistet. Aber, so Schlierer: „Was wir nicht hinnehmen, ist der permanente Versuch die Vergebung zu verweigern, um die Nation fortdauernd zu diskreditieren“.

Ein farbiger REP-Vorstand

Wie weit die Partei sich mit einer gemäßigten Programmatik anzufreunden bereit ist, mag dahingestellt bleiben. Einen Schatten auf das von Schlierer immerfort betonte Bekenntnis zur Verfassungstreue warf denn doch der neugewählte stellvertre-

tende Bundesvorsitzende Bernd Bernhard, der unter tosendem Beifall der Delegierten die „Vollendung der Einheit Deutschlands“ samt „Pommern, Ost- und Westpreußen, Niederschlesien und Oberschlesien“ einforderte. Nicht gefolgt ist die Basis auch dem offensichtlichen Vorstoß des Bundesvorstands, sich ein Alibi in Sachen Ausländerfreundlichkeit zu verschaffen. Per Satzungsänderung sollte die Möglichkeit geschaffen werden, daß künftig in Ausnahmefällen Ausländer - Personen ohne deutschen Paß - in die Partei aufgenommen werden könnten. Trotz Beteuerungen der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und NRW-Landesvorsitzenden Uschi Winkelsett, daß damit lediglich unverdächtige Ausländer wie Österreicher, Niederschlesier usw. gemeint seien, führte der von ihr eingebrachte Änderungsantrag geradezu zur Meuterei. Manche Fragen seien Grundsatzfragen, wie könne da der Patriotismusanspruch der REP aufrechterhalten werden, Ausländer seien nur Gäste in Deutschland, auch in Deutschland habe es mit wenigen Gastarbeitern angefangen, wenn wir hier die Türe öffnen..., so war es aus dem Parteivolk zu vernehmen. Sämtliche Beschwichtigungsversuche, man wolle keinesfalls Multikulti, gemeint seien nur Personen, die deutscher Abstammung oder aus dem deutschen Sprachraum seien, schließlich sei doch auch die deutsche Kulturnation größer als das deutsche Staatsgebiet etc., konnten die Erregung der Basis nicht mildern. Die Horrorvision eines farbigen REP-Bundesvorstands stand zu deutlich im Raum. Rolf Schlierer, der sich tatkräftig für die Öffnungsklausel einsetzte, erhielt eine rüde Abfuhr. Es wäre besser gewesen, den Bundesvorstand erst nach dieser Diskussion zu wählen, machten die Delegierten ihrem Unmut Luft. Auch zur Vertagung dieses Antrags waren sie jetzt nicht mehr bereit. Nur durch Zurückziehen des Änderungsantrags konnte noch eine empfindliche Niederlage des Bundesvorsitzenden vermieden werden.

Die Schwierigkeiten, der Partei mehr Kompetenz in Sachfragen zu verschaffen, zeigten sich nicht zuletzt an der Programmdiskussion. Auch die Debatte um ein neues Wirtschaftsprogramm für die „Republikaner“, das nach den Vorstellungen des Bundesvorstands dem Wirtschaftsliberalismus huldigen und damit bürgerliche Wählerschichten erschließen soll, verlief äußerst zähflüssig. Vielen fehlte in dem Programmvorschlag schlicht und einfach „die Handschrift der ‘Republikaner’“. Aber bis 1998 wollen es die REP dann geschafft haben, sich wieder einmal ein neues Parteiprogramm zuzulegen.

Gabriele Nandlinger

Neue REP-Führungsmannschaft

Auf dem Parteitag vom 4.-6. Oktober 1996 in Hannover haben die „Republikaner“ einen neuen Bundesvorstand gewählt, der sich wie folgt zusammensetzt:

Bundesvorsitzender:

Rolf Schlierer

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

Christian Käs

Uschi Winkelsett

Hans Hirzel

Bernd Bernhard

Johann Gärtner

Bundesschatzmeister:

Reinhold Giegold

Stellvertreter:

Horst Trageiser

Bundesschriftführerin:

Ingeborg Akkermann

Stellvertreterin:

Margoß Neiß

Beisitzer im Bundesvorstand:

Ingeborg Seifert, Dietmar Donnerstag,

Harald Kanthack, Dieter Lieberwirth,

Gerolf Tittel, August-Wilhelm Petersen,

Otmar Wallner, Burkhard Schmanck,

Anna-Maria Benning, Matthias Ritter,

Claudia Kübel, Kurt-Ekkehard Goldmann,

Wilfried Hein, Gerhard Tempel, Dieter Hübing,

Prof. Gottfried Schubert, Thomas Nissen,

Ute Behrens, Wolfram Balcerkiewicz,

Burkhard Stieglitz

Terminänderung

Bonn - Die für den 16. Oktober vorgesehene Fragestunde der SPD-Bundestagsfraktion über „neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus (vgl. BNR 20/96, S.7) mußte auf November verschoben werden. Der genaue Termin wird von der Projektgruppe „Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Fraktion noch bekanntgegeben.

Neuheiten auf der Frankfurter
Buchmesse:

Rechte Ideologie und Neuheidn- tum

Vor wenigen Tagen hat die 48. Frankfurter Buchmesse ihre Pforten geschlossen. Zugewogen waren auch in diesem Jahr wieder Verlage, die rechtslastiges oder okkultistisches, teilweise gar antisemitisches Gedankengut in ihrem Programm haben. Der Arun-Verlag versucht, mit seinem neuheidnischen Angebot ebenso alternative Kreise anzusprechen.

Hinter einem Stapel mit aktuellen Ausgaben der „Jungen Freiheit“ (JF) hatte sich Uwe Faesel, Leiter des JF-Marketing/Leserdienstes, in der Halle 6 der Frankfurter Buchmesse verschanzt. Mehr hatte der frischgebackene Landesvorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) neugierigen Messebesuchern nicht anzubieten.

Erstmals auf der Frankfurter Buchmesse war die „Deutsche Burschenschaft“ (DB) vertreten. Neben allerlei Schnickschnack („Allgemeiner Deutscher Bier-Komment“) hatte sie die „Burschenschaftlichen Blätter“ ausgelegt.

UFOs und Hohlwelt-Theorien

Wie in den Jahren zuvor wartete der österreichische „Leopold Stocker Verlag“ mit einem breiten Angebot seines Sortiments auf. Einen besonderen Blickfang bot das jüngst erschienene „Lexikon des Konservatismus“, das den Anspruch erhebt, mit 300 Stichwörtern das „gesamte Spektrum des Konservatismus“ zu erschließen. Herausgeber des Werkes, mit Beiträgen von mehr als 30 Mitarbeitern, ist Caspar von Schrenck-Notzing, Gründungsvater der Vierteljahresschrift „Criticon“.

Am Stand des dem Stocker-Verlag ideologisch nahestehenden „Karolinger Verlag“ aus Wien war der Publizist Günter Maschke zu sprechen, der als Herausgeber und Übersetzer der Schriften des spanischen Konservativen Juan Donoso Cortes (1809-1853) hervorgetreten ist. Die Theorie von Cortes, so Iring Fetscher in der „ZEIT“, negiert auf „radikale Weise“ das „Fundament jeder freiheitlichen

Demokratie.“ Den längst vergessenen Namen von Cortes hatte in den 20er Jahren erstmals der Apologet des Nationalsozialismus, Carl Schmitt, in die politische Diskussion gebracht. Maschke selbst, so die „Junge Freiheit“ (JF), hat mit seinem Buch „Der Tod des Carl Schmitt“ (Karolinger, 1987) die Grundlage für die Schmitt-Renaissance geschaffen. Die JF hat ihn deshalb zu einem „der schärfsten und gefürchtesten Kritiker des deutschen Parlamentarismus und der Vergangenheitsbewältigung“ gekürt.

Weniger geistreich ging es beim verschwörungstheoretischen „Ewertverlag“ (Lathen/Ems und Gran Canaria) vor. Dieser stellte den dritten Band der „Geheimgesellschaften“ von Jan van Helsing vor. Beide Vorgängerbände, von denen insgesamt rund 100.000 Exemplare im deutschsprachigen Raum verkauft worden sein sollen, wurden zwischenzeitlich wegen Volksverhetzung eingezogen. Bundesweit werden Helsing-Machwerke u.a. von dem im bayrischen Peiting ansässigen „Michaels Verlag+Vertrieb“ an den Mann bzw. die Frau gebracht. Der Verlag war ebenso wie sein Inhaber, Uli Heerd, auf der Buchmesse anzutreffen. Offertiert wurden Standardwerke aus dem Bereich Esoterischer Hitlerismus; z.B. „Das Tagebuch des Admiral Byrd“ oder „Hohle Erde“. Ganzseitig wirbt Heerd für diese Bücher in der auflagestarken UFO-Zeitschrift „Magazin 2000“. Dort finden sich auch Anzeigen des „Sternentor-Verlages“ (Grasau/Bayern), der die Frankfurter Messebesucher mittels seiner Reihe „Die Legende von Atlantis“ (ein Buch und fünf Videos) über die Zusammenhänge zwischen „UFOs, Geheimgesellschaften, Erdveränderungen, Schambala und Argartha, Hohlwelt und okkulten Hintergründen im Dritten Reich“ aufklären will.

Mit nur einem Buch versuchte der Passauer „Skeotec-Verlag“ von Anton F. Schimmelpfennig auf sich aufmerksam zu machen. Sein schon vor Jahren erschienen Buch „Der Zweite Weltkrieg in deutschen Karikaturen“ will ein „Schritt zur Relativierung und Historisierung des Dritten Reiches und der Geschichte des Zweiten Weltkrieges sein“. Daß Ewiggestrige auch mit dem Zeitgeist marschieren können, dokumentierte der in Niedersachsen beheimatete „Bund für deutsche Schrift und Sprache“; engagiert wurde für PC-Programme mit Fraktur-Schrift geworben.

Okkultistischen und satanischen Spinnereien verschrieben, hat sich die österreichische „Edition

Ananael“. Chefideologe des Verlags ist Michael de Witt, zugleich Labelchef von Nekrophile Records und Mastermind von Zero Kama.

Den Messestand teilte sich die „Edition Ananael“ mit dem „Arun-Verlag“, der unlängst vom bayrischen Vilsbiburg nach Engerda, ins thüringische Hinterland, verzogen ist.

Fischen in alternativen Gewässern

Der „Arun-Verlag“ wurde 1989 von Stefan Ulbrich (Jahrgang 1963) gegründet. Ulbrich gehörte eigenen Angaben zufolge bis zum August 1984 der „Wiking-Jugend“ (WJ), zeitweilig im Rang eines Horstführers, an. Von begrenzter Zeitdauer war seine spätere Redaktionszugehörigkeit (Ressort: Politik) bei der JF. Ulbrich, der unter seinem christlichen Vornamen Stefan leidet und sich selbst den neuheidnischen Vornamen Björn verpaßt hat, ist Autor des neuheidnischen Mammutwerkes (rund 550 Seiten) „Im Tanz der Elemente“.

Bestseller des Verlages ist das Buch „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ eines Russell McCloud, das dem „Thule-Mythos“ verfallen ist. Im Angebot findet sich auch eine „Thule-Watch“, auf deren Zifferblatt sich das Symbol der Schwarzen Sonne (Chiffre des Esoterischen Hitlerismus), das auch auf dem Fußboden der Wewelsburg, einer ehemaligen SS-Ordensburg in der Nähe von Paderborn, prangt. Bekannt in einschlägigen Kreisen sind die Arun-Bücher „Multikultopia“, in dem u.a. Alain de Benoist, Karl Richter und Wolfgang Strauss zu Wort kommen und „GEDANKEN zu Großdeutschland“. Seine Gedanken machte sich in letzterem der rechtsextreme Multifunktionär Karl Richter: „Der 30. Januar 1933 war nun einmal die bis dahin >friedlichste< Revolution der deutschen Geschichte, sie konnte sogar die demokratische Legitimation für sich in Anspruch nehmen, und dennoch blieb nichts beim Alten - Revolution auf Deutsch.“ Als Nachdruck hat der „Arun-Verlag“ das Hauptwerk „Revolte gegen die moderne Welt“ des italienischen Philosophen Julius Evola, eines Vordenkers der sogenannten Neuen Rechten in Europa, herausgebracht.

Noch nicht eingelöst hat der Verlag seinen letztjährige Ankündigung das Buch „Kreuzzug gegen den Gral“ des Nazi-Esoterikers Otto Rahn zu drucken. Ebenso ist aus der technischen Aufrüstung, der Herstellung von Büchern auf CD-ROM, bisher nichts geworden.

„Das archaische Blut in Wallung bringen“

Stattdessen geht Ulbrich scheinbar neue Wege und betreibt seit nunmehr über einem Jahr zugleich einen „Versand für Naturreligion, Schamanismus und Spirituelle Ökologie“ mit dem Titel „Gaia“. Angeboten werden, so die neuheidnische Schrift „Hain“, eine „tatsächlich bemerkenswerte Auswahl an Büchern, Schmuck und CD's und Musikinstrumenten, die in dieser Konstellation ihresgleichen sucht“; u.a.: Julleuchter, keltische Haarspannen, Kräuter, Räucherwerk, Tee, Badesalze, Ätherische Öle, Bücher zu den Themenbereichen Geomantie, Sex („Vögeln will gelernt sein“), Hexen, Hanf, Wikingerschmuck, Irminsul-Anhänger, Thorshämmer ... Vom 26. Juli bis 4. August veranstaltete Gaia (mit eigener Internet-Adresse) ein „Earth-Family-Gaia-Sommercamp“, das auch im nächsten Jahr wieder stattfinden soll. Potentielle Teilnehmer für das Sommercamp werden an Gaia-Verkaufsständen bei Esoterik- und Ökomessen, Folkfestivals und alternativen Weihnachtsmärkten angesprochen.

Doch der alternative Schein, mit dem sich Ulbrich und der „Arun-Verlag“ durch „Gaia“ umgibt, trägt. So inszenierte Ulbrich Ende Juni eine „Feldschlacht“ an einem Stausee bei Engerda, zu dem rund 100 Braungesinnte anreisten. In dem Einladungsschreiben, das auch im neonazistischen Mailbox-Netz abrufbar war, verkündete Ulbrich: „Die Schlacht soll uns allen einen gehörigen Nervenkitzel bereiten, Spaß machen und das archaische Blut in Wallung bringen. Es ist nicht Sinn der Schlacht, anderen vorsätzlich Verletzungen zuzuführen, wenn sich das auch nicht vermeiden lassen wird.“

Im Januar dieses Jahres referierte Ulbrich beim Hamburger Konservativen Gesprächs- und Arbeitskreis über „>cavalcare la tigre - Ein kleiner Leitfaden für den Kulturguerillo<“. Von Julius Evola über Che Guevara zu Gerd Gerken“.

Ulbrich zählt im rechtsextremen Lager zum Kreis derjenigen, die die Notwendigkeit erkannt haben aus der traditionellen Themeneinengung der gescheiterten Rechten auszubrechen. Im Juli 1990 schlug er in „Europa Vorn“ mögliche Themenerweiterungen vor. Namentlich nannte er „Ökologie, Philosophie, Frauenfrage, Multikulturelle Gesellschaft, Dritte Welt, Religion (Heidentum).“

Anton Maegerle

Der zweite Ableger

In Deutschland formiert sich eine neue „Neue“ Rechte - gegen „Thule-Seminar“ und „Junge Freiheit“

Winfried Knörzer ist sauer. Richtig sauer. Auf die „Junge Freiheit“ allgemein und auf deren Redakteur Gerhard Quast besonders. „Mir scheint“, so schreibt er in den „Staatsbriefen“ (7/96, S.38), „Herrn Quasts ideologische Rezeptionsorgane sind durch eine allzu intensive Henning Eichberg-Lektüre und den Getreidestaub der biologisch-dynamischen Schrottmühlen (er ist Aktivist der Unabhängigen Ökologen) verstopft worden.“ Deshalb könne er auch die Unterschiede bei Diskurshintergründen nicht mehr wahrnehmen. Quast hätte merken müssen, so Knörzer, daß er sich in einem Aufsatz über Tibet auf der ideologischen Linie des Nationalbolschewisten Ernst Niekisch und nicht auf der des jungkonservativen Staatsrechtlers Carl Schmitt bewegt habe. Ein Jungkonservativer sei er nun wirklich nicht.

Die Gräben sind ausgehoben, die Stellungen bezogen. In dem einen liegt die Mannschaft der „Jungen Freiheit“, die gerade mit der Kulturredakteurin Angelika Willig ihr letztes intelligentes Mitglied und die Alibifrau verloren hat. Die Gruppe um den ideologisch wie ein Rohr im Wind schwankenden Yuppie-Chefredakteur Dieter Stein wirft der gegnerischen Fraktion vor, die „jahrelange Selbstdoktrination durch die Schriften Carl Schmitts“ habe bei ihr zu „etatistischer Verblendung“ geführt.

„Neuer Verfassungspatriotismus“

Der von Knörzer attackierte Henning Eichberg wiederum greift ebenfalls die „Junge Freiheit“ an. Diese sei eigentlich eine „junge Alte Rechte“, die nur durch die Fixierung auf ein gemeinsames Feindbild zusammengehalten werde und „aus der Not eine Tugend gemacht“ („Wir Selbst“ 1/95, S.73) habe. In der Gegnerschaft zur „Jungen Freiheit“ sind sich inzwischen alle Fraktionen der sich als intellektuell verstehenden Rechten einig. Die einzige Gemeinsamkeit allerdings ist wiederum

das Feindbild: der Liberalismus, dem die „Junge Freiheit“ inzwischen in seiner wirtschafts- und nationalliberalen Ausformung zunehmend frönt. In der Gegnerschaft zum Liberalismus liegt folgerichtig auch Knörzers Verteidigung Chinas gegen die Kritik an dessen Tibet-Politik begründet: „China besitzt gegenwärtig als einziger Staat der Welt die Macht, sich der planetarischen Hegemonie des Westens in Gestalt der one-world-Ideologie, die allerorten sich in der Maske der universellen Menschenrechte einhüllt, entgegenzustemmen. Eines der Ziele des Liberalismus ist die ‘Eine Welt als grenzenloser Weltmarkt’. (...) China ist der Stachel im Fleisch der Neuen Weltordnung.“

Die verbreitete Unzufriedenheit mit der Entwicklung der „Jungen Freiheit“ ließ es als nur noch eine Frage der Zeit erscheinen, bis sich zumindest Teile der Dissidenten zu einer eigenständigen Gruppierung zusammenfinden würden. Wenn ein langjähriger Mitarbeiter wie Knörzer das Blatt nunmehr als „Zeitschrift des neuen Verfassungspatriotismus“, so ziemlich die schlimmste in diesen Kreisen mögliche Beschimpfung, titulierte, und wenn der Burschenschaftler und ehemalige Redakteur Hans-Ulrich Kopp von der „Herunterliberalisierung der ehemals systemkritischen Wochenzeitung“ (Staatsbriefe 10/95) spricht, dann ist offenbar der Bruch ein endgültiger.

Die Absetzbewegungen von der „Jungen Freiheit“ erfolgten zuerst in Korporiertenkreisen. Bereits seit Ende 1994 wurde durch Burschenschaftler um Kopp die Durchführung einer eigenständigen Sommeruniversität in Konkurrenz zu der der „Jungen Freiheit“ erörtert. Im August 1995 wurde der Plan dann in Gestalt der „Freien Deutschen Sommeruniversität“ umgesetzt. Das Ergebnis erzielte eine sogar auf internationaler Ebene positive Reaktion. Die Organisatoren Kopp, Knörzer und Christian Adelung konnten zufrieden sein. Während bei ihnen ca. 80 Personen den Referaten der zum größten Teil in der extremen Rechten prominenten Redner lauschten, fiel die Sommeruniversität der Konkurrenz, der „Jungen Freiheit“, mangels Masse (Teilnehmer/innen) und Klasse (Referenten und Organisation) ins Wasser.

Das Treffen sollte Folgen haben. Robert Steuckers, langjähriger zweiter Mann im GRECE als Chefi-deologie, nutzte seinen Gastauftritt, um engere Kontakte zu den Personen zu knüpfen, die einen deutschen Ableger seines europäischen Netzwerkes „Synergies Européennes“ ins Leben rufen woll-

ten (Orion 12/95, S.29). Dieses Netzwerk hatte Steuckers 1993 nach seinem Bruch mit Alain de Benoist gegründet. Die Europaideologie der Nouvelle Droite sollte nun auch ihren Niederschlag in einer europaweiten Organisation finden. Die Entwicklungen seit 1989 schienen dabei eine stärkere Betonung der nationalrevolutionären Traditionslinie angeraten erscheinen. Diese Idee hatte auch in Deutschland Anhänger gefunden, die die Kritik an der „Jungen Freiheit“ teilten und denen zugleich das Kasseler Thule-Seminar zu esoterisch, der realen Welt zu entrückt und zu sehr auf den Möchtegern-Philosophen Pierre Krebs konzentriert schien.

Provinzielle deutsche Rechte

Zur endgültigen Gründung der deutschen Sektion, Synergon genannt, kam es dann am Rande der Frankfurter Buchmesse 1995 (DESG-inform 3-4/96, S.4). Das monatlich erscheinende Organ des Netzwerkes „Nouvelles de Synergies Européennes“ vermeldete, deutscher Präsident sei Marc Lüdders, Generalsekretärin Gerlinde Gronow. Bei letzterer handelt es sich durchaus um keine Unbekannte. Die Gewinnerin des Nachwuchswettbewerbes der „Jungen Freiheit“ des Jahres 1993 wurde dort schnell zum shooting star und zur regelmäßigen Autorin. Doch schon Anfang 1995 trennte sie sich im Streit von dem Blatt. Nach eigenen Worten fühlte sie sich ausgenutzt. In einem zweiseitigen Interview in der TAZ durfte sie sich daraufhin als Aussteigerin präsentieren. Ein Darstellung, die kaum glaubhaft ist, wenn sie tatsächlich bei Synergon mitarbeitet. Noch nicht in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten war dagegen Marc Lüdders, der Mann an der Spitze. In seinem Wohnort Hamburg allerdings ist der Politikstudent durchaus bekannt. Zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Präsidenten von Synergon war er zugleich Sprecher der Hamburger Burschenschaft Germania, die dem rechtsextremen Flügel der deutschen Burschenschaft zuzuordnen ist.

Bruch mit Benoist

Insofern erstaunt es wenig, wenn auf dem Haus der Hamburger Germanen in jüngster Zeit Robert Steuckers, der spiritus rector der Synergies Européennes, und Stefan Ulbrich, dem esoterischen Flügel der „Neuen“ Rechten zuzurechnen, referierten. Das Thema von Steuckers bei der Germania „Zwischen Zentralismus und Regionalismus - Europabilder in der Realpolitik“ betraf

genau den gegenwärtigen zentralen Diskussionspunkt der „Neuen“ Rechten. Im Gegensatz zur rein ökonomischen und finanzpolitischen Kritik der Verträge von Maastricht durch die alte Rechte und die Wirtschaftsliberalen um den Bund Freier Bürger und die „Junge Freiheit“ fehlt den neurechten Europastrategen die geistige Grundlage für ein geeintes Europa, dominiert die Befürchtung, der alte Staatsnationalismus werde lediglich auf eine höhere Ebene getragen. Eine solche geistige Grundlage meint der zweite Referent, Stefan Ulbrich, im Werk des italienischen traditionellen Kulturphilosophen und Esoterikers Julius Evola finden zu können. Dessen Buchtitel „Cavalcare la tigre“ („Den Tiger reiten“) sei durchaus als Handlungsanleitung zu verstehen. Wer den Tiger reiten will, der darf nicht herunterfallen. Der Kampf muß im Herzen der Bestie geführt werden. Die Parallelen zum Heroismus des frühen Ernst Jünger sind kaum zu übersehen. Für die italienischen terroristischen Nationalrevolutionäre in den Jahren der „Strategie der Spannung“ war „Cavalcare la tigre“ die konkrete Handlungsanleitung, ihre Bibel und Mao-Bibel zugleich.

Daß „noch immer ein beträchtlicher Teil der Werke Evolas der Quarantäne“ unterliegt, bemängelt denn auch Thomas Rolff, ein weiterer Mitstreiter von Synergon. Überhaupt sei der größte Mangel darin zu sehen, daß die deutsche Rechte zu provinziell sei, ergänzt wiederum Marc Lüdders in einem Beitrag in den „Nouvelles de Synergies Européennes“ (Nr.20, Mai 1996). Speziell von den Arbeiten der italienischen und französischen „Neuen“ Rechten könne viel gelernt werden. Umgekehrt könnten aber auch die Deutschen über den historischen Fundus der Konservativen Revolution hinaus durch das Beispiel der gelebten Praxis der Jugendbewegung der Weimarer Zeit befruchtend wirken. Ein gegenseitig befruchtender Austausch auf europäischer Ebene ist das primäre Ziel der neuen deutschen „Neuen“ Rechten. Sie wollen nicht länger dem Nationalstaat hinterherweinen, sondern geistige Bausteine für das Fundament einer europäischen Zukunft sammeln.

Allein die sprachlichen Probleme dürften die hochfliegenden Pläne allerdings bereits im Ansatz scheitern lassen. Interessanter als die bisherigen Versuche einer Etablierung einer deutschen „Neuen“ Rechten aber ist Synergon allemal, da erstmals ein solcher Versuch nicht isoliert unternommen wird, sondern eingebunden in ein europäisches Netzwerk.

Jean Cremet

Eine Untersuchung im internationalen Vergleich:

Fremdenfeindlichkeit in Westeuropa

Fremdenfeindliche Gewalttaten sind kein spezifisch deutsches, sondern ein länderübergreifendes Phänomen, wie die Entwicklungen in den europäischen Ländern zeigen. Nach den Gründen für das Ansteigen von rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt in Westeuropa fragt eine von Ruud Koopmans für das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vorgenommene Untersuchung: „A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe“ (Discussion Paper FS III 95-101 Wissenschaftszentrum Berlin). Dabei werden verfügbare Daten aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, der Schweiz und Schweden herangezogen. Allerdings steht der länderübergreifende Vergleich vor dem Problem, daß die teils von Sicherheitsbehörden, teils von Wissenschaftlern stammenden statistischen Angaben nicht nach einheitlichen Kriterien erhoben wurden: Selbst innerhalb eines Landes unterscheiden sich die jeweiligen Zählweisen von Zeit zu Zeit bei den verschiedenen Sicherheitsbehörden. Einige Länder zählen als rechtsextremistische Gewalttaten lediglich jene auch von organisierten Rechtsextremisten begangenen militante Straftaten. Wieder andere Länder nehmen keine qualifizierte Unterscheidung hinsichtlich der fremdenfeindlichen Gesetzesverletzungen bezogen auf Gewalttaten oder Propagandadelikte vor. Eine wissenschaftliche Datenbasis ist demgegenüber von der Presseberichterstattung und diesbezüglicher Medienaufmerksamkeit abhängig. Durch die unterschiedlichen Erhebungsverfahren von Daten wird die Quantifizierung von Ländervergleichen in diesem Zusammenhang für Koopmans aber nicht unmöglich.

Ausgehend von fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Gewalttaten pro Jahr und pro Millionen Einwohner kommt er zu einer Verteilung, die für Großbritannien mit 17,4 und Deutschland mit 14,9 die höchsten, in den Niederlanden mit 3,1 und in Frankreich mit 1,3 die niedrigsten Anteile von Gewalttaten aufweist. Nimmt man in diesen Län-

dervergleich als dritte Variable noch den Anteil von ethnischen Minderheiten mit hinzu, so fällt auf, daß dieser in Frankreich als dem Land mit dem niedrigsten Gewaltniveau mit 7,2 Prozent der Gesamtbevölkerung gegenüber 5,6 Prozent in Deutschland und 4,7 Prozent in Großbritannien (Daten von 1988) am höchsten ist. Demgegenüber besteht ein stärkerer Zusammenhang zwischen dem Zustrom von Asylbewerbern und fremdenfeindlicher Gewalt, allerdings mit der Ausnahme von Großbritannien, das die wenigsten Asylbewerber aufgenommen hat und dennoch am meisten mit fremdenfeindlichen Gewalttaten konfrontiert wurde.

Asyldebatte und Gewalt

Allerdings läßt sich kein direkter Zusammenhang von Einwanderungsdruck und Gewaltentwicklung belegen, was gerade die deutsche Situation veranschaulicht: Während hier der Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern in den letzten Jahren quantitativ ähnlich stark war, richtete sich die fremdenfeindliche Gewalt nahezu ausschließlich gegen die Asylbewerber. Hierin sieht Koopmans einen wichtigen Faktor zur Erklärung der Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt, schwankt die Diskussion darüber doch hin und her zwischen dem „Unzufriedenheits“-Ansatz, der Gewalt als Reflex auf konkrete Problemlagen in sozialen Bereichen ansieht, und dem „Gelegenheits“-Ansatz, der Gewalt als Reflex auf die öffentliche Thematisierung der Asylproblematik durch Medien und Politiker begreift. Koopmans sieht in dem letztgenannten Kontext den entscheidenderen Gesichtspunkt: Da gegenüber den Aussiedlern Schlagworte wie „Scheindeutsche“ oder „Wirtschaftsaussiedler“ kaum Anwendung fanden waren Aussiedlerheime nur in wenigen Ausnahmefällen von Übergriffen bedroht. Darüber hinaus weise eine Zeitreihenanalyse von aus Zeitungen erhobenen Daten zur Intensität der Asyldebatte und Verfassungsschutzdaten zur rechtsextremistischen Gewalt auf die Bedeutung der Asyldebatte für die Entfaltung der Gewalt hin. Abschließend untersucht Koopmans noch den Zusammenhang von fremdenfeindlicher Gewalt und den Stimmenanteilen für rechtsextremistische Parteien: Hier zeigt sich bezogen auf den durchschnittlichen Stimmenanteil in nationalen Parlamentswahlen zwischen 1986 und 1994, daß in Ländern mit starker rechtsextremistischer Wählerschaft wie Frankreich mit 10,9 Prozent der Anteil der Gewalttaten gering ist, während er in Ländern mit geringer rechtsextremistischer Wählerschaft wie Deutschland mit 1,9 oder Großbritannien mit

0,4 Prozent hoch ist. Offenbar werden Gewalt und Parteien als alternative Handlungsmöglichkeiten von rechtsextremistisch eingestellten Personen verstanden.

Aufgrund der doch sehr starken Unterschiede beim Zustandekommen des Datenmaterials geht Koopmans etwas zu leichtfertig über die Probleme einer tragfähigen Informationsbasis für länderübergreifende Vergleiche hinweg, kann es doch durch die unterschiedlichen Zähl- und Zuordnungskriterien zu starken Verzerrungen kommen. Insofern dürfen die statistischen Angaben sicherlich nicht als genau quantifizierte Daten gewertet, sondern allenfalls zur Feststellung allgemeiner Trends genutzt werden. Darüber hinaus müßte ein länderübergreifender Vergleich neben den Faktoren Bevölkerungszahl und Gewalttatenanteil noch als zusätzlichen Faktor den Anteil ethnischer Minderheiten einbringen, gilt es doch nicht nur die Zahl potentieller Täter, sondern auch potentieller Opfer zu berücksichtigen, um zu realistischen Vergleichsbewertungen zu kommen.

Für die Analyse nur eines Landes, hier der deutschen Situation, stellten sich derartige Probleme des Datenmaterials aufgrund der Einheitlichkeit der Erhebungsformen zunächst einmal nicht. Insofern wirken die darauf bezogenen Analysen und Interpretationen auch überzeugender: Dabei verdient vor allem der Vergleich von Reaktionen auf den Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern Aufmerksamkeit. Hier spielt offenbar tatsächlich die Motivation für Gewalt aus konkreten Problemlagen heraus nur eine untergeordnete Rolle, bildeten doch die Aussiedler für die einheimische Bevölkerung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt eine viel ernsthaftere Konkurrenz als die Asylbewerber. Vor diesem Hintergrund kommt der Art und Weise des öffentlichen Thematisierens der Ausländer- und Asylpolitik in der Tat eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung von Gewaltakzeptanz und -taten zu.

Armin Pfahl-Traugber

ARBEITSBERICHTE

Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin

Des Zentrum ist seit 1. August 1996 wieder an der alten Anschrift: Ernst-Reuter-Platz 7, 9.OG zu erreichen; im Internet unter: <http://www.tu-berlin.de/zfa>, und über e-mail: zfa10165emails@rzr.zrz.tu-berlin.de. Im Wintersemester 1996/97 findet an der TU-Berlin eine Vortragsreihe über Erfahrungen des Exils statt, die am 23. Oktober 1995 durch den ehemaligen amerikanischen Finanzminister W. Michael Blumenthal, (Princeton) eröffnet und am 5. November durch den Psychoanalytiker Hans Keilson (Amsterdam) fortgesetzt wird. Über „Emigration und Weltbürgertum“ spricht Felix Posen am 19. November 1995 und am 3. Dezember 1996 der aus dem Verlagshaus Mosse stammende George L. Mosse, Prof. für neuere Geschichte in Madison-Wisc. Weitere Termine: Lenka Reinerova (Prag) am 14. Januar 1997 und Rudolf Vrba (Vancouver) am 29. Januar 1997. Die Veranstaltungen finden im Mathematikgebäude, Straße des 17. Juni 136, jeweils 18.00 bis 20.00 Uhr in Raum 004 statt.

Zentrales Thema des „Jahrbuchs für Antisemitismusforschung V“ sind Juden und Judenfeindschaft in Lettland (herausgegeben von Wolfgang Benz, Berlin 1996, Campus-Verlag, DM 38,—. In der Videoreihe „Erinnern als Vermächtnis“ sind von Saloma Geni „Erinnerungen aus dem Scheunenviertel“ und von Eugen Hermann-Friede „Als Jude im Widerstand und Untergrund“ erschienen; erhältlich im Metropol-Verlag, Berlin, jeweils DM 36,—.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,— jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Kreta - Spuren deutscher Geschichte

Die allerwenigsten der vielen tausenden deutschen Touristen, die alljährlich auf der griechischen Insel Kreta Sonne tanken, interessiert die Rolle der deutschen Wehrmacht zwischen dem 20. Mai 1941 und ihrem Abzug, z.T. erst im Juli 1945. Hierzu hat kaum jemand Anlaß, die Spuren sind getilgt, verbliebene übersieht man, die Kreter selbst tragen den Deutschen nichts nach. Ab und ab kommt ein alter Kämpfer, um auf die Schlachtfelder von ehemals zu wallfahrten („manche kommen nur mit einem Fuß“, meinte ein Kreter dazu).

Noch vor dem Rußland-Feldzug im Juli 1941, so die Weisung Hitlers, sollte in einem deutsch-italienischen Landeunternehmen die strategisch wichtige Insel vor dem im April 1941 von den Alliierten geräumten griechischen Festland erobert werden. Es ging um die Vormachtstellung gegenüber Großbritannien im östlichen Mittelmeer, vor allem aber um die Sicherung der für die Kriegswirtschaft unverzichtbaren rumänischen Ölfelder von Ploiesti vor britischen Bombenangriffen.

Innerhalb von zehn Tagen hatten die deutschen Truppen nach Luftlandungen an der Nordküste (Maleme, Chania, Rethymnon, Heraklion) mit Truppen der Gebirgsjäger und den in Sitia gelandeten italienischen Verbänden die Insel unter Kontrolle. Nur die Hälfte der 27.500 britischen, neuseeländischen und australischen Verteidiger konnten entkommen. Die Landung, einschlägig als heroisch und erfolgreich gepriesen, war ungewöhnlich verlustreich. Fast 4.000 deutsche Soldaten kamen um, ebenso beinahe 2.000 alliierte. Die Totentafeln auf dem deutschen Friedhof Maleme zeigen, daß die meisten der Opfer um 20 Jahre alt waren. Dies ist nicht die einzige bleibende Mahnung. Wer durch die Vororte Chanias nach Westen fährt, kann wenig abseits der Straße einen übermannshohen steinernen Adler sehen, der mit geschärftem Blick auf Kreta niederzustoßen scheint. Auf der darunter befindlichen Tafel wird den Toten Dank gesagt, „die ihr fern der Heimat Euer Leben gabt für unser Großdeutschland“. Die Hinterlassenschaft der Nazis stört die Griechen kaum, einzig das Hakenkreuz hat man dem Adler aus den Klauen genommen. In alter Schönheit bietet er sich hingegen dar in den Souvenirgeschäften in Chania, wo er für derzeit 5.000 Drachmen (rund 30,- Mark) feilgeboten

wird. Zuhause dürften sich solche Devotionalien dann in die Reihe mit fragwürdigen Publikationen aus einschlägigen Verlagen und Versandhäusern über das Heldentum der deutschen Wehrmacht, beispielsweise beim Kampf um Kreta, einreihen.

In der Erinnerung geblieben sind weiter die Namen der wiederaufgebauten Dörfer, die wie Kandanos, Ano Vios, Anoghia, Cerakari versanken, nachdem ihre Einwohner, Kinder, Frauen und Männer, für Strafkolonien der großdeutschen Sieger ihr Leben lassen mußten. 5.000 Griechen wurden, z.T. bei den mit großer Härte geführten Partisanenkämpfen, Opfer des Krieges. Den Bewohnern von Kandanos setzten die Nazis eine Steintafel, auf der ihre Erschießung zynisch als die verdiente Strafe für die Ermordung deutscher Soldaten gebrandmarkt wurde.

Nazi-Denkmäler wie der Adler von Chania stehen unangefochten. Die deutsche Regierung, die, etwa bei der Besoldung von SS-Männern, die Nachfolge Großdeutschlands nicht scheut, sieht sich gegenüber den Opfern nicht in derselben Weise gefordert. Sie erklärte sich vor Zeiten unzuständig, den Adler zu entfernen. Man sollte sie erneut darum bitten, denn in einer Zeit des friedlich zusammenwachsenden Europas sind solche „großdeutschen“ Symbole wahrlich nicht zeitgemäß. Klaus-Henning Rosen

HINWEIS

Ein Spitzen-Nazi

Bonn - Der Freiburger Historiker Ulrich Herbert stellt am 12. November in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sein Buch über den Organisator des Reichssicherheitshauptamtes, Werner Best, vor. In dem im Dietz-Verlag erschienenen Band „Best - Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989“ schildert Herbert den Lebensweg Bests - bis in die jüngste Gegenwart. Der 1989 verstorbene Best gehörte zu den ganz großen Nazis, die nicht einen einzigen Tag in deutscher Haft für ihre Verbrechen büßen mußten. Nach dem Ende der NS-Zeit machte der Spitzen-Nazi eine zweite Karriere, er wurde Direktor eines Industrieunternehmens.

Die einleitenden Worte zu der Veranstaltung spricht der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“. Moderieren wird Volker Ullrich von der ZEIT.

12. November 1996, 18.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenzsaal I, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn; Tel. 0228 - 883666/7, Fax. - 883396.

Falsche Freunde

Die ultrarechten „Deutschen Konservativen“ (Sitz: Hamburg) wollen am 4. November zu einer zehntägigen Israel-Reise aufbrechen. Angesagt ist, so der 49jährige Vereinsvorsitzende Joachim Siegerist in einem internen Rundbrief, eine „Mischung aus religiösem, politischen und geschichtlichem Programm“. Auf dem Programm steht auch ein „Treffen mit politischen Freunden von der LIKUD-Partei“. Siegerists Sprachstil ist nach Auffassung der Bundesregierung „zum Teil mit ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt“ gespickt. So sprach dieser in einem Rundschreiben von „Strolchen aus dem jüdischen Weltkongreß und fanatischen Juden aus Israel“, die „Deutschland ... in den Staub“ drücken wollten und diffamierte Ignatz Bubis, den Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, als einen „schwer zu ertragenden Mann“.

Seine politische Tätigkeit begann Siegerist als 16jähriger Schriftsetzer-Lehrling im „Christlichen Gewerkschaftsbund“ (CGB). In rechten Kreisen machte er sich in den 80er Jahren vorrangig durch den kostenlosen Vertrieb des Deutschlandliedes in allen drei Strophen auf LP einen Namen. Die selbstproduzierte Schallplatte will der rechte Recke mehr als eine Million mal an den Mann gebracht haben.

Bundesweites Medieninteresse zog Siegerist im April vergangenen Jahres auf sich. Das Amtsgericht Hamburg verurteilte ihn wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Haftstrafe von achtzehn Monaten. Eine Berufungsverhandlung wurde jüngst vertagt. In einem Rundbrief in einer Auflage von mehr als 17.000 Stück hatte Siegerist 1992 unverblümt gegen Sinti und Roma gehetzt: „Die Zigeuner produzieren Kinder wie die Kaninchen“ und „ich würde dieses miese, kriminelle Pack aus dem Lande jagen.“

Dem aktuellen Siegerist-Rundbrief liegt auch ein Werbeprospekt seines Buchdienstes bei. Zum Sonderpreis von DM 9,— verramscht er u.a. sein Buch „Lafontaine - Genosse Kandidat“. Der SPD-Partei-vorsitzenden Lafontaine wird von Siegerist als der „unseriöseste Politiker Deutschlands“ verunglimpft. Auch an dem Sozialdemokraten Gerhard Schröder läßt Siegerist kein gutes Haar: „Wenn dieser Mann als möglicher Kanzler nur einen Bruchteil dessen verwirklichen würde, was er noch vor wenigen Jahren politisch vertreten hat - dann >Gute Nacht Deutschland<“. Die „Deutschen Konservativen“ haben nach Angaben von Siegerist, zwar nur 25 Mitglieder, aber 250.000 „finanzielle Förderer“.

Anton Maegerle

„Bündnis Rechts“ will Kräfte bündeln

Die parteiübergreifenden Bemühungen von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein können auf ihre erste vorzeigbare Aktion verweisen. Bereits 1994 kündigten die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) und die NPD an, im nördlichsten Bundesland über die Parteibrille hinweg zusammenzuarbeiten. Über zwei Jahre hat es gedauert, bis jetzt zu einer ersten gemeinsamen Veranstaltung eingeladen wurde. Konspirativ traf man sich in Hartenholm (Kreis Segeberg). Dazu gesellten sich zudem Vertreter der DVU sowie der „Republikaner“ und Parteilose. Nach Bekunden des Veranstalters kamen rund 150 Personen zusammen. „Bündnis Rechts für Deutschland“, in Kurzform auch „Bündnis Rechts“ genannt, ist der Sammelbegriff für diesen parteiübergreifenden arbeitenden Zusammenschluß. Als Gastredner traten Uwe Schäfer (Landesvorsitzender NPD Schleswig-Holstein) mit dem Thema „Arbeitsplätze in Deutschland“, Ingo Stawitz (Landesvorsitzender der DLVH in Schleswig-Holstein) zu „Politik in Schleswig-Holstein“ sowie Prof. Dr. Klaus Weinschenk (Ex-Landesvorsitzender der „Republikaner“ Berlin) mit „Die geistige Lage der Deutschen“ auf.

Nach Angaben von Jens Katzer (NPD/JN) hat sich das „Bündnis Rechts“ zum Ziel gesetzt, „allen sozial und deutschnational gesinnten Menschen ein gemeinsames und parteiübergreifendes Forum zu bieten. Künftig soll die Parteizugehörigkeit nur von untergeordneter, dafür das gemeinsame Ziel (Bekämpfung der verfehlten Politik der Etablierten) von größter Bedeutung sein.“

Horst Freires

PERSONALIE

Baron Maurice Elie Goldstein, der Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, ist im Alter von 74 Jahren in Brüssel gestorben. Der in Polen geborene Goldstein war als Kind mit seinen Eltern nach Belgien gekommen. Im Jahr 1943 wurde Goldstein in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert und 1945 von der Roten Armee dort befreit. Seit 1977 war Goldstein Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees.

BÜCHERSCHAU

Anti-semitische Feindbilder

Vorurteile im Allgemeinen und gegen Juden im Besonderen bilden den Arbeitsschwerpunkt des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, das von dem Historiker Wolfgang Benz geleitet wird. Im Zusammenhang mit dessen jahrelanger Arbeit entstanden zahlreiche Aufsätze, die in verschiedenen Sammelbänden und Zeitschriften verstreut abgedruckt wurden. Neun dieser Beiträge sind nun zu einem eigenen Band unter dem Titel „Feindbild und Vorurteil“ zusammengestellt worden. Darin sollen anhand von historischen und aktuellen Beispielen Funktionen und Wirkungen von Vorurteilen - von antisemitischen Stereotypen bis zu fremdenfeindlichen Konstrukten - dargestellt und analysiert werden. Inhaltlich geht es darin um so verschiedene Aspekte wie Fremdenfeindlichkeit als Vorurteil und politische Aggression, den Krieg gegen die Sowjetunion im Bewußtsein der Deutschen, die politische Instrumentalisierung von Feindbildern am Beispiel der Vertreibung, die Bundesrepublik im Kalten Krieg, die Geschichte des mörderischen Begriffs „Endlösung“, gegenwärtige antisemitische Stereotype in Deutschland, die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma und ihre anhaltende Diskriminierung, das moderne Fremdbild des „Zigeuners“ und den wiederbelebten Antisemitismus in Osteuropa. Insgesamt handelt es sich um gut lesbare und informative Beiträge, die einen guten Einblick in das jeweilige Thema geben. Je nach dem Ausmaß der Vorarbeit des Autors unterscheiden sich die Aufsätze hinsichtlich ihrer Darstellung und Tiefe: Während etwa der Beitrag über den Antisemitismus in Osteuropa sehr allgemein gehalten ist und sich lediglich anhand von einzelnen Phänomenen orientiert, skizziert die Darstellung über die Geschichte des Begriffs „Endlösung“ anhand exakter Quellen die Verwendung des Terminus mit unterschiedlichen Absichten zu verschiedenen Zeiten im Verlauf der NS-Politik

gegen die Juden. Besondere Beachtung verdient der Beitrag über die Funktion des Vorurteils im Spannungsfeld von Selbstbestätigung und Ausgrenzung, Schuldzuweisung und Sinnstiftung, Angst und Realitätsverweigerung.

Armin Pfahl-Traughber

Wolfgang Benz, Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung, München 1996 (dtv), 219 S., 24,90 DM

„Kulturkampf“ von rechts

Seit 1994 läßt sich in Österreich eine ständig zunehmende Agitation aus dem Umfeld der „Freiheitlichen“ unter Jörg Haider gegen bestimmte Künstler feststellen. Deren Form und Inhalte weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten mit den diesbezüglichen Auffassungen des traditionellen Rechtsextremismus auf. Von daher verdient das Verhältnis dererlei politischer Strömungen zum Thema Kunst besonderes Interesse. Es geht dabei allerdings nicht primär um ein besonderes Kunstverständnis, sondern um die Instrumentalisierung von Kunst und Kultur als Bestandteile einer politischen Zielsetzung. Derartigen Zusammenhängen geht eine im Auftrag der IG Kultur Österreich durchgeführte Untersuchung des jungen Politologen Claus Tieber nach. Daraus entstand das Buch „Die Letzten von gestern. Die Rechten und die Kunst“, das nicht nur den „Kulturkampf“ in Österreich, sondern auch das besondere Verhältnis der Rechtsextremisten zur Kunst generell behandelt.

Nach einer chronologischen Darstellung der diesbezüglichen Ereignisse im Jahre 1995 untersucht Tieber die „Argumente“ der „Kulturkämpfer“ bezogen auf das Bild der Künstler, der Kunst und der Kulturpolitik. Dem folgen Ausführungen zum rechtsextremistischen Verständnis von Kultur und Kunst sowie zu einer nach „Kultureller Hegemonie“ streben-

den Strategie und den lagerinternen Debatten darüber. Anschließend werden die verschiedenen „Kulturkämpfer“ in Boulevard-Medien, bei den „Freiheitlichen“ und den „Rechtsextremisten“ behandelt, wobei sich auch Kurz-Portraits von entsprechenden Protagonisten in Vergangenheit und Gegenwart finden (wie z. B. zu Mirko Jelusich oder Erwin Guido Kolbenheyer). In diesem Zusammenhang liefert der Autor auch interessante Informationen zu rechtsextremistischen Einflüssen in der Dark-Wave- oder Gothic-Szene.

Die Ergebnisse seiner Untersuchung formuliert Tieber u.a. in folgenden Thesen: „Der Kulturkampf von rechts ist nicht nur populistisch. ... Die Angriffe gegen Künstler richten sich auch gegen die Zweite Republik. ... Der Kulturkampf wird mit den Methoden der Anti-Antifa geführt ... Beim Thema Kultur finden Rechtsextremisten leichter Bündnispartner. ... Ihre eigenen Künstler stellen die Rechten mit Vorliebe als 'Verfemte Barden' dar. ... Versuche, jugendkulturelle Subkulturen zu infiltrieren, nehmen zu. ... Der Kulturkampf ist eine Form der symbolischen Politik“ (S. 191-193).

Dem Autor kommt das Verdienst zu, systematisch Material zu einem bislang unterbelichteten Aspekt der Rechtsextremismusforschung zusammen getragen zu haben. Anhand einer Fülle von Zitaten belegt er Inhalte und Stoßrichtung der Thematisierung von Kunst- und Kulturkritik von rechts. Hinsichtlich politischer Kategorien geht es bei der Darstellung allerdings durcheinander, arbeitet der Autor doch etwas undifferenziert mit dem Begriff „rechts“ ohne Differenzierungen insbesondere hinsichtlich demokratietheoretischer Aspekte vorzunehmen. So stehen denn auch ab und an Personen in einem Zusammenhang, der so sicherlich nicht besteht. Die Studie dürfte aus Aktualitätsgründen unter einem großen Zeitdruck erfolgt sein, denn sie wirkt insgesamt sehr zusammengestoppelt. Gleichwohl verdient sie angesichts des Mangels an Veröffentlichungen zum Thema Interesse.

Armin Pfahl-Traughber

Claus Tieber, Die Letzten von gestern. Die Rechten und die Kunst, Wien 1996 (Picus), 220 S., 34 DM

Niedersächsische Wahlnachlese

Nicht nur die „Republikaner“ traten bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen an (der „blick nach rechts“ berichtete). Insgesamt kandidierten 19 Parteien, der größte Teil davon dem Spektrum rechts der CDU zuzuordnen - von der eher exotischen, freiwirtschaftlichen FSU über die ÖDP bis hin zum Bund Freier Bürger und der Statt-Partei. Die Partei Brunners blieb dabei ohne vorzeigbares Ergebnis, feiert aber auch dies schon als Erfolg, da es ihr gelungen sei, den Bekanntheitsgrad zu vergrößern. Die ÖDP hat sämtliche ihrer wenigen Kommunalmandate, u.a. in Hannover und im Landkreis Wesermarsch, verloren. Die Statt-Partei wiederum hat ihre lokalen Schwerpunkten in den Landkreisen Lüneburg und Cuxhaven weitgehend halten können. Sie ist weiterhin in beiden Kreistagen vertreten.

Einen Ausnahmestatus nahm der Landkreis Stade ein. Hier kam es zu einer von der NPD dominierten rechten Bündniskandidatur, für die auch örtliche

Vertreter der „Republikaner“ und etliche Parteilo-se gewonnen werden konnten. Beim Kreis Stade handelt es sich seit langem um einen regionalen Schwerpunkt der NPD. Das Ergebnis für das „Bündnis Rechte“ mit 1,7 Prozent langte für einen Sitz im Kreistag, den der langjährige NPD-Funktionär Peter Brinkmann einnehmen wird.

Nur schwer nachprüfbar ist, in welchem Umfang es rechtsextremen Kräften gelungen ist, über Wählervereinigungen und durch Einzelkandidaturen Mandate zu erzielen. Im Landkreis Göttingen wurde z.B. mit Friedel Rehkop (Dransfeld) ein ehemaliger SRP-Funktionär auf der Liste der Freien Wählergemeinschaft in den Kreistag gewählt, der erst unlängst durch geschichtsrevisionistische Äußerungen für Aufsehen gesorgt hatte. Dagegen blieb die Einzelkandidatur von Joachim Frenzel, einem ehemaligen NPD-Funktionär und ehemaliger Landesvorsitzender der Deutschen Liga, mit 0,4 Prozent erfolglos. Vier Jahre zuvor hatte er noch 1 Prozent der Stimmen in seiner Heimatstadt erhalten.

Andreas P. Zaleshoff

Tagebuch

Bochum - In der September-Ausgabe der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) hetzt Konteradmiral a.D. Günter Poser (Bonn) auf acht Seiten gegen die „legalisierte Lynchjustiz“ der „Nürnberger Prozesse“. Diese waren angeblich, so der einstige Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) Poser (1916 geboren), „für die Weltöffentlichkeit inszenierte politische Schauprozesse in Ausübung von barbarischem Sieger- und Besatzungsrecht. Der „geborene Soldat“ Poser (so die „Junge Freiheit“) engagierte sich in den letzten Jahren u.a. für die zwischenzeitlich gescheiterte Partei „Aufbruch 94“; zuvor war er zeitweilig geschäftsführender stellvertretender Bundesvorsitzender der „Republikaner“.

Berlin - Frischgebackener Autor der „Jungen Freiheit“ (JF) ist der Österreicher Heinz Karl Prokisch, der in der Ausgabe 41/96 über die „Endzeitstimmung“ auf Kuba schwadroniert. In Österreich ist Prokisch im rechtsextremen Lager kein Unbekannter; so greift er u.a. für den „Eckartboten“, „Die Kameradschaft“ und den „Völkerfreund“ zur Feder. Herausgegeben wird der „Völkerfreund“ von der „Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde“. Bei dieser handelt es sich, so das „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW), um eine „kulturell-ideologisch orientierte rechtsextreme Kleingruppe (...) mit starken Kontakten (...) zu neonazistischen Gruppen“. Gerngesehener Redner ist Prokisch bei der rechtsextremen Wiener „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP).

Bonn - Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften teilt in ihrem Amtlichen Mitteilungsblatt vom September mit, daß man erstmals holocaustleugnende „Online-Angebote“ im INTERNET indiziert habe. Darunter fallen die folgenden „Zündelseiten“: „Auschwitz-Mythen und Fakten“, „Der Leuchter-Report/Ende eines Mythos“, „Ein prominenter falscher Zeuge: Elie Wiesel“, „Im Innern der Auschwitz->Gaskammern“, „Pressacs neues Auschwitz-Buch“, „Vom Werden eines Holocaust-Revisionisten“ und „Was ist Holocaust-Leugnung?“.

Bonn - Die „Junge Freiheit“ (JF) wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz im Hinblick auf rechtsextremistische Bestrebungen ausgewertet. Diese Prüfung sei jedoch noch nicht abgeschlos-

sen, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (13/5394) auf eine Kleine Anfrage der PDS (13/5355).

Bruchsal/Mainz - „Inhaftierte Patrioten Deutschlands“, namentlich die in der Bruchsaler Justizvollzugsanstalt einsitzenden bzw. zwischenzeitlich entlassenen Rechtsextremisten Andreas Voigt, Jürgen Jersch, Robert Gutermuth, Günter Deckert, Roland Wede, Thomas Wede, Steffen Failenschmid, Torsten Schau, Dirk Hase, Bertram Handlos, Roland Paschel und Jens Schuhknecht, haben einen sogenannten „Appell für Deutschland“ inszeniert. In dem Aufruf, veröffentlicht u.a. in den „Nachrichten“ der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG), wird „Schluß mit dem Parteienwirrwarr“ gefordert: „Alle nationalen Parteien und Gruppierungen sollen in der Bewegung aufgehen, aus welcher dann eine einzige nationale (Wahl)Partei hervorgehen muß, die sich der Bekämpfung der Mißstände in unserem Vaterland stellen kann.“ Nur „zusammen“, so die Rechtsextremisten-Riege, „kann das große Ziel, ein neues deutsches Morgenrot für unser Vaterland“ erkämpft werden.

Brunn bei Wien (Österreich) - Eine ultrarechte Bürgerinitiative mit dem Namen „Die Neutralen“ (Sitz: Brunn bei Wien) hat sich in Österreich gebildet. Gefordert wird ein „neutrales selbständiges Österreich“. Als Kontaktpersonen wurden u.a. Alfred Warton, Bundesführungsmitglied der rechtsextremen Splittergruppe „Volkssozialisten Österreichs“ und Mario Montanaro, Autor im „Eckartboten“, „Sleipnir“ und der „Bauernschaft“, benannt. Eng verhandelt sind „Die Neutralen“ mit dem neonationalsozialistisch und antisemitisch geprägten „Bürgerschutz Österreich“ von Peter Kurt Weiß.

Hamburg - Das Nationale Infotelefon Hamburg besteht nunmehr bereits seit drei Jahren und ist, so der Betreiber Andre Goertz, „zu einer echten Institution geworden“. Anlässlich des dritten Geburtstages soll in Kürze eine besondere NIT-Broschüre erscheinen. Goertz gilt dem schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbericht 1995 zufolge als „Hauptakteur“ der in Schleswig-Holstein spürbaren neonazistischen „Sammlungs- und Vernetzungsbestrebungen“.

Hamel - Der Neonazi Andre Voelkel (Ex-Mitglied der verbotenen FAP), seit Oktober 1994 Betreiber der Thule-Mailbox „Rattenfänger“ unter

dem Pseudonym „Tristan“, ist kürzlich im Alter von 28 Jahren verstorben.

Hannover - Beim jüngsten Bundesparteitag der „Republikaner“ in Hannover Anfang Oktober wurde Dr. Gerolf Tittel (48), Mitglied des bayerischen REP-Landesvorstandes, zum dritten Mal in den Bundesvorstand der rechtsextremen Partei gewählt. Bereits beim „Republikaner“-Bundesparteitag in Sindelfingen im Dezember 1994 gelangte der verheiratete Pharmazeut Tittel auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer (41) erneut als Beisitzer in den REP-Bundesvorstand. Während seines Studiums kandidierte der Pharmazie-Student Tittel 1974 für den „Hochschulring Tübinger Studenten e.V.“ (HTS). Tittel wurde zusammen mit Axel Heinzmann und sechs weiteren HTS-Kandidaten in das Studentenparlament der Eberhard-Karls-Universität gewählt. Daneben gehörte Tittel 1975 der vom HTS herausgegebenen Zeitung „Uni-Uhu“ als Mitarbeiter an. Der spätere Rechtsterrorist Uwe Behrendt arbeitete in diesen Jahren als Redaktionsmitglied beim „Uni-Uhu“ mit. Die politische Karriere des heute 49jährigen Heinzmann führte den HTS rasch in den Bereich des Rechtsextremismus, Heinzmann selbst, zunächst noch am rechten Rand der CDU engagiert, bewegt sich seit Jahren im neonazistischen Umfeld. Bei der verhinderten Initiierung einer „Stuttgarter Kameradschaft“ (vgl. BNR 24/94) im November 1994 wurde Heinzmann verhaftet. 1995 verurteilte ihn das Stuttgarter Landgericht wegen seines Auftretens in Stuttgart-Weilimdorf am 5. November 1994 zu einer sechszehnmönatigen Bewährungsstrafe (vgl. BNR 15/95).

Köln - Die erhöhte Aufmerksamkeit der Medien für jüdisches Leben in Deutschland ist für den Publizisten Günther Bernd Ginzler ein Zeichen für „Anormalität“. Dies bedeute, daß jüdisches Leben in Deutschland noch nicht selbstverständlich sei. „Wir erleben heute Antisemitismus, aber auch die Gegenkräfte“, erklärte der Herausgeber des jetzt im Droste-Verlag erschienen Buches „Der Anfang nach dem Ende - jüdisches Leben in Deutschland 1945 bis heute“, das am 3. Oktober in Köln vorgestellt wurde.

Köln - Nach Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 1996 von rechtsextremistischer Seite 344 Gewalttaten verübt worden, davon seien 194 fremdenfeindlich motiviert gewesen. Für das erste

Halbjahr 1996 waren insgesamt 165 fremdenfeindliche Gewalttaten bekanntgeworden, im Vergleichszeitraum 1995 waren es noch 313 aus Fremdenfeindlichkeit begangene Gewaltdelikte.

Mainz - In der aktuellen Ausgabe der von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) herausgegebenen „HNG-Nachrichten“ ist die jährliche „schwarze Liste“ enthalten. Die Liste umfaßt 27 säumige Beitragszahler der braunen Gefangenenhilfsorganisation. Das krebskranke HNG-Mitglied Thies Christophersen (78) entging der „schwarzen Liste“. Nachdem er „seit langer Zeit nicht mehr“, so sein Brief an die HNG-Vorsitzende Ursel Müller (62), seinen Mitgliedsbeitrag bezahlt habe, schickte er kurzfristig seinen Obulus in bar. Betrauert wird in der September-Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ der Tod des HNG-Mitgliedes Günter Budima, der im Alter von 68 Jahren starb. Der ehemalige Vorsitzende der „Deutsch Nationalen Partei“, Thomas Dienel, hat in der Zwischenzeit einen Teil der Zuwendungen, eine Geldspende in Höhe von DM 600,—, weitergegeben, die für die HNG bestimmt waren. Der mehrfach vorbestrafte Dienel (35) hatte Sach- und Geldspenden des HNG-Mitgliedes Roland Sommer entgegengenommen und zunächst nicht an die HNG-Vorsitzende Ursel Müller weitergeleitet. Dies hatte u.a. zum Ausschluß Dienels aus dem „Aktionskomitee Rudolf Heß 1996“ geführt. Von Seiten des HNG-Vorstandes wurden zudem juristische Schritte gegen den ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden von Thüringen, Dienel, eingeleitet.

Mannheim/Fichtenau - Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat gegen den Buchautor Jan Udo Holey aus dem baden-württembergischen Fichtenau Anklage wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener erhoben. Holey hatte unter dem Pseudonym „Jan van Hel-sing“ zwei übelste antisemitische Machwerke unter dem Titel „Geheimgesellschaften“ verfaßt. Im Frühjahr dieses Jahres waren 1.500 Exemplare dieser Bände beschlagnahmt und ihre Verbreitung verboten worden.

München - Hans-Dietrich Sander, Herausgeber der rechtsextremistischen „Staatsbriefe“, hat Widerspruch gegen einen Strafbefehl des Amtsgerichts München wegen Veröffentlichung des Artikels „Naht ein deutscher Bürgerkrieg“ von Germar Rudolf sowie des Eigenartikels „Jüdisches Allzu-jüdisches“ („Staatsbriefe“ 6/95) eingelegt. Wegen



Volksverhetzung wurde gegen Sander in dieser Sache eine Geldstrafe in Höhe von DM 6.000,— zusätzlich der Kosten des Verfahrens verhängt. Juristisch wird Sander von Rechtsanwalt Johannes Pauli vertreten.

Stuttgart- In Stuttgart erscheint seit diesem Jahr mit der „Südwest Stimme“ neben der „Deutschen Zukunft: Landesspiegel Nordrhein-Westfalen“, dem „Niedersachsen-Spiegel“, der „Bayern-Stimme“, dem „Hamburger Nationaldemokraten“ und „Zündstoff. Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg“ eine weitere Regionalzeitung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)“. Als Herausgeber der „Südwest-Stimme“ fungiert der Landesverband der NPD Baden-Württemberg. Presserechtlich Verantwortlicher ist der 27jährige Dave Schiek, stellvertretender Landesvorsitzender der baden-württembergischen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und NPD-Kreisvorsitzender aus Rudersberg (Rems-Murr-Kreis). Auf den sechs Seiten im DIN A 4-Format wird vornehmlich über Veranstaltungen und andere Aktivitäten von NPD und JN im Südwesten berichtet. Vom 56jährigen inhaftierten ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert („politischer brddr-Gefangener“) finden sich dessen abstruse Gedanken aus der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim. „Stammheim, JVA! Stuttgart, Schwabenland! Deutschland?? Die Beamten (noch) deutsch...aussehend! Ihre Sprache (noch) deutsch, schwäbisch eingefärbt! Denk ich an Stammheim/JVA am Tag, in der Nacht, dann werd' ich (fast) um den Verstand gebracht!“

Stuttgart - Die „Deutsche Burschenschaft“ (DB) beabsichtigt ab sofort Autoren („Korporationsgegner, Asten und Antifas“) von kritischen Beiträgen über sich zu erfassen. „Um Artikel in den Burschenschaftlichen Blättern und Seminare zu diesem Thema vorbereiten zu können“, bittet ein Hannes Gnad von der Burschenschaft Hilaritas Stuttgart, um Zusendung von entsprechendem Material. Informiert wird über dieses Vorhaben in den „Burschenschaftlichen Blättern“.

Unna-Massen bei Dortmund - Die Arbeitsgemeinschaft Junge Generation im BdV - Landesverband Nordrhein-Westfalen - führt vom 22. bis 24. November ein „Deutschlandpolitisches Seminar“ zum Themenbereich „Freiheit die ich meine“ durch. Die Leitung haben Bernhard Knapstein (Köln, Autor in der „Jungen Freiheit“, Mitglied der Kölner Burschenschaft Germania), Bundesvorsit-

Adresse:

zender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) und Karsten Weder, Münster, JLO-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen inne. Als Referenten treten in Erscheinung: Heinrich Piebrock, mehrfacher Redner bei den neonazistischen Hetendorfer Tagungswochen, beim „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ sowie beim „Nationaldemokratischen Hochschulbund“, der Bonner Anti-Antifa-Strategie und Hochschullehrer Hans-Helmuth Knütter, Rechtsanwalt Klaus Kunze, Stammbautor in der „Jungen Freiheit“, Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, Heinrich Lummer, CDU-MdB sowie der Hofgeismarer Jung-Sozialdemokrat Sascha Jung aus Leipzig.

Weinheim - Vor dem Amtsgericht in Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) wird am 23. Oktober gegen den ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (56) verhandelt. Gegenstand des Prozesses ist Beamtenbeleidigung durch den langjährigen Funktionär von NPD und „Jungen Nationaldemokraten“, Deckert.

Wien (Österreich) - Bislang unbekannte Täter haben seit dem 3. Dezember 1993 in fünf Serien insgesamt 24 Briefbomben verschickt. Davon waren zwei Briefe für Personen in der Bundesrepublik bestimmt, eine Briefbombe sollte nach Ungarn versandt werden. Seit Dezember 1995 hatte sich der unbekannte Attentäter nicht mehr gemeldet. Am 30. September ging bei dem österreichischen Nachrichtenmagazin PROFIL ein neuerliches Schreiben der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ ein. In dem Brief droht der Täter unmittelbar weitere Briefbombenanschläge an. Als Absender der Drohpost war Reinhold Elstner angegeben. Dieser „deutsche Patriot“ („Nation+Europa“) hatte sich am 25. April 1995 im Alter von 75 Jahren vor der Münchner Feldherrenhalle verbrannt. Elstner, jahrelanger Leserbriefschreiber in der antisemitischen Zeitschrift „Bauernschaft“ und Mitglied der revanchistischen „Notverwaltung des deutschen Ostens“, gilt seitdem in der rechtsextremen Szene als „deutscher Märtyrer“.